



VEREINIGUNG DER HESSISCHEN  
UNTERNEHMERVERBÄNDE

**Mehr Wirtschaft wagen!**

**Mehr Freiheit leben!**

Erwartungen der hessischen Wirtschaft  
zur Bundestagswahl 2017

**- Bereich  
Bau -**

Frankfurt am Main  
Stand: 5. Juli 2017

## **Bauinvestitionen ankurbeln**

### **EnEV-Verschärfungen zurücknehmen**

Die Energieeinsparverordnung darf nicht weiter verschärft werden, sondern sollte auf den Stand 2014 zurückgeführt werden. Vorschriften wie die Zwangsbelüftung in Bauwerken kosten viel Geld und bringen an vielen Stellen keinerlei ökologischen Mehrwert. Bei der geplanten Zusammenlegung von Energieeinsparungsgesetz mit der Energieeinsparverordnung und dem Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz in ein Gebäudeenergiegesetz ist darauf zu achten, dass keine unnötigen Verschärfungen vorgenommen werden. Nutzungszwänge für erneuerbare Energien sollten abgeschafft und die Mindeststandards bei Neubau und Sanierung abgesenkt werden.

### **„Mietpreisbremse“ abschaffen**

Die sog. „Mietpreisbremse“ sollte abgeschafft werden. Solch eine staatliche Marktintervention ist weitestgehend unwirksam, weil der Anstieg der Mieten durch Angebot-Nachfrage-Relationen bestimmt ist. Und sie ist schädlich, denn sie hemmt Investitionen in neue und bestehende Wohnungen statt sie zu befördern. Das Angebot an günstigem Wohnraum lässt sich am einfachsten durch eine Ausweitung von Bauland, durch Deregulierung und steuerliche Entlastung der Investoren und Vermieter erreichen. Gerade im unteren Preissegment ist das Verhältnis zwischen Baukosten und erzielbaren Mieten nicht mehr rentabel.

### **Grunderwerbsteuer absenken und lineare Abschreibung erhöhen**

Um Investitionen in Wohnungen zu stimulieren, sollte die lineare Abschreibung Wohngebäude von 2 auf 4 Prozent erhöht werden. Ferner sollte der Bund mit den Ländern eine Absenkung der Grunderwerbsteuer vereinbaren. Der Bund muss ferner besser gewährleisten, dass die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau von den Ländern nicht zweckentfremdet werden, sondern tatsächlich zum Bau neuer Wohnungen eingesetzt werden.

### **Meisterbrief erhalten**

Der Meisterbrief muss als Zulassungsvoraussetzung im Handwerk erhalten bleiben. Nur mit guter Ausbildung lassen sich Qualitätsstandards gewährleisten. Dazu ist der Meisterbrief nötig. Er sichert auch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Für die seit 2004 zulassungsfreien Gewerke des Bau- und Ausbauhandwerks muss die Meisterpflicht wieder eingeführt werden, um dem eingetretenen erheblichen Verlust an Qualität, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und Ausbildungsverhältnissen zu begegnen.

### **Entsorgungsprobleme zügig lösen**

Um unnötige Kostensteigerungen am Bau zu vermeiden, müssen Entsorgungsprobleme zügig gelöst werden. Ein Rückstau in der Entsorgungskette bis hin zum Stopp von Bauvorhaben, wie in 2016 durch die neue Abfallverzeichnis-Verordnung verursacht, darf sich nicht wiederholen. In der Gewerbeabfallverordnung und im Umweltrecht sind Regelungen nötig, die für die betriebliche Praxis sinnvoll und mit vertretbarem Aufwand umsetzbar sind. Die Einstufung von HBCD-haltigen Polystyrol-Dämmstoffen als „gefährlicher Abfall“ sollte dauerhaft rückgängig gemacht werden.

### **Praxisgerechte Baunormen sicherstellen**

Die Bundesregierung muss sich für die Beseitigung der sicherheitsrelevanten Mängel in europäisch harmonisierten Baunormen einsetzen – falls nötig auch über den Rechtsweg. Sicherheit und Qualität des Bauens in Deutschland dürfen nicht durch das EU-Wettbewerbsrecht gefährdet werden. Deutschland muss seine hohen Ansprüche an Bauqualität und Bauwerkssicherheit beibehalten.